



Diakonische Positionen
zur Landtagswahl 2022

INHALT

05	Aus Verantwortung füreinander
06	Armut
10	Teilhabe
14	Nachhaltigkeit
18	Individualisierung
22	Fachkräftegewinnung
26	Digitalisierung
30	Wirtschaftsstandort Niedersachsen
32	Miteinander aus Verantwortung füreinander die Zukunft gestalten - Zahlen und Fakten



AUS VERANTWORTUNG FÜREINANDER

Es ist Krieg, mitten in Europa. Die Auswirkungen und die geopolitischen Entwicklungen werden das Jahr 2022 und vermutlich darüber hinaus dominieren. Gleichzeitig müssen wir die Folgen der Coronapandemie weltweit bewältigen. Drängende soziale Fragen werden durch diese Krisen verschärft und dürfen nun erst recht nicht aus dem Blick verloren werden:

Kinderbetreuung, Fachkräftemangel in den sozialen und pflegerischen Berufen, Nachhaltigkeit, steigende Energiepreise, Wohnen und die fortschreitende Individualisierung - das alles stellt uns unabhängig von aktuellen Krisen vor große Herausforderungen.

Wir sehen mit Sorge, dass sich die Gesellschaft immer weiter in Arm und Reich spaltet, dass sich Teilhabemöglichkeiten für viele Menschen verschlechtern haben.

Die Digitalisierung bietet für Viele eine Lösungsmöglichkeit, für Menschen mit wenig Einkommen, eingeschränkten Zugängen zu Bildung oder einer kognitiven

Beeinträchtigung wird sie jedoch zunehmend zu einer unüberbrückbaren Hürde.

Politik und Zivilgesellschaft werden gemeinsam Antworten auf diese Herausforderungen finden müssen. Denn das Vertrauen der Bürger*innen in unsere Demokratie hängt ganz wesentlich von der Lösungskompetenz der Institutionen und der in ihnen wirkenden Menschen ab. Auch davon, wie Parlament und Regierung Herausforderungen angehen, diese debattieren und um gute Lösungen ringen.

Als Diakonie in Niedersachsen möchten wir mit unseren Positionen zur Landtagswahl in Niedersachsen den sozialen Zusammenhalt und das Vertrauen in unsere Demokratie stärken. Dafür steht auch unser diakonisches Selbstverständnis:

Aus Verantwortung füreinander.

ARMUT

In keinem anderen vergleichbaren Industrieland ist die Mittelschicht in den vergangenen 25 Jahre so stark geschrumpft wie in Deutschland. Die Ergebnisse der gemeinsamen Studie „Bröckelt die Mittelschicht?“ (2021) der Bertelsmann Stiftung und der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind alarmierend. Zwischen 2014 und 2017 rutschte jede*r Fünfte aus der mittleren in die untere Einkommensschicht ab. Hinzu kommt, dass ein Aufstieg in die Mittelschicht immer schwieriger wird. Das Gefühl des „Abgehängt seins“ von einem guten Leben in der Mitte der Gesellschaft verfestigt sich und führt bei Menschen zu dem Eindruck, nicht mehr dazu zu gehören. Die soziale Lage hat sich auch in Niedersachsen

verändert und das nicht erst seit der Coronapandemie. In Niedersachsen befindet sich die Armut auf einem Rekordhoch. Mit 17 Prozent lag die Armutsgefährdungsquote 2020 auf einem bis dahin nie dagewesenen Niveau. Von Armut besonders stark betroffen sind Kinder und Jugendliche. Gut 23 Prozent der unter 18-Jährigen in Niedersachsen sind armutsgefährdet. Das sind etwa 300.000 Kinder und Jugendliche. Armutsrisiken sind dabei vielfältig und werden sich durch die geopolitischen Spannungen sowie die dadurch zu erwartenden Preissteigerungen in allen Lebensbereichen weiter verschärfen. Neben dem sozialen Status der eigenen Familie spielen die jeweiligen Bildungschancen und die Nationalität eine wesentliche Rolle.



Deshalb fordern wir
für Niedersachsen
einen Aktionsplan
gegen Armut.





Kinderarmut durch Bildungsangebote gezielt entgegenwirken

Kinder müssen einen eigenständigen Weg, unabhängig von der finanziellen Situation der Eltern, gehen können. Ganzheitliche Bildungsangebote und gesellschaftliche Unterstützungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel lebensweltnahe Beratung und Begleitung von Familien, zusätzliche Ressourcen für mehr Bildungsgerechtigkeit und eine Förderung ohne Stigmatisierung tragen dazu bei, dass Chancengerechtigkeit und Teilhabe für Kinder möglich werden.

- Kitas zu Familienzentren ausbauen
- Sozialindex für Kitas und Schulen einführen
- Lernmittelfreiheit für Schüler*innen ermöglichen
- Ganztagschule als Regelangebot etablieren
- Mentoringprogramme an Schulen und Hochschulen initiieren
- Kindergrundsicherung einführen und weiterentwickeln
- Schnelles Internet und digitale Leihgeräte für Einrichtungen der Jugendsozialarbeit sowie für Jugendfreizeiteinrichtungen zur Verfügung stellen
- Familienbildungsangebote finanziell stärken und ausbauen
- Kostenlosen Nahverkehr für alle Kinder und Jugendlichen einführen
- Auskömmliche Landesfinanzierung für die Jugendwerkstätten schaffen
- Gesundes und nachhaltiges Essen in Kitas und Schulen anbieten

Soziale Angebote stärken

Der Weg in Armut ist oft ein schleicher Prozess, der durch flächendeckende soziale (Beratungs-)Angebote verhindert werden könnte. Gerade Menschen, die von Armut betroffen sind, werden durch verschiedene soziale Beratungsstellen bei ihren täglichen Herausforderungen unterstützt. Schwerpunkt der Unterstützung ist dabei Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten.

- Kostenlosen Zugang zur Sozialen Schuldnerberatung für Menschen in Überschuldungssituationen ermöglichen
- Verlässliche Beratungsstrukturen auskömmlich finanzieren
- Suchthilfe als staatliche Pflichtleistung einführen
- Wohnungspolitik anhand nachhaltiger und sozialer Kriterien gestalten
- Sozialraumorientierte Quartiersentwicklung ausbauen
- Besseren und bezahlbaren ÖPNV ermöglichen, insbesondere im ländlichen Raum

TEILHABE

Unser Ziel ist klar: Wir wollen Teilhabe für Alle am gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und sozialen Leben ermöglichen. Nur so schaffen wir eine integrative und inklusive Gesellschaft, in der unterschiedliche Bedürfnisse berücksichtigt werden und Chancengleichheit verwirklicht wird.

Dazu gehört auch, dass wir anerkennen, dass Migration nicht mehr ausschließlich als Krisenphänomen gesehen werden kann, sondern Alltag ist. Es müssen Strukturen geschaffen werden, die das Ankommen in unserer Gesellschaft erleichtern. Eine auf Integration ausgerichtete Migrationspolitik stellt eine große Chance für die Entwicklung unserer Gesellschaft dar.



Deshalb fordern wir für Niedersachsen eine Stärkung der sozialen Infrastruktur.



Sprache fördern schafft Teilhabe

Unsere Gesellschaft kann nur zusammenhalten, wenn soziale Teilhabe für Alle ermöglicht wird. Dazu gehört auch, dass Hindernisse ab- und Hilfestrukturen ausgebaut werden. Für die soziale Teilhabe darf es keine Rolle spielen, ob jemand eine Behinderung hat, aus einem anderen Kulturkreis stammt oder sprachliche Schwierigkeiten hat. Jeder Bedarfslage muss adäquat begegnet werden, um eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

- Sprachliche Förderung vom ersten Tag des Ankommens für Migrant*innen ermöglichen
- Migrationsberatung stärken und auskömmlich finanzieren
- Leichte Sprache muss praktiziert werden

Digitale (Weiter-)Bildungs- und Teilhabeoffensive

Die digitale Welt eröffnet neue Chancen für die Teilhabe an der Gesellschaft. Für Menschen mit einer Behinderung können digitale Informations- und Kommunikationstechniken das Tor zur Außenwelt sein. Dadurch erhalten sie die Möglichkeit, sich mit anderen Menschen unkompliziert auszutauschen, zu kommunizieren, zu spielen oder sich politisch zu engagieren. Auch für Wohnungslose erleichtern jetzt schon digitale Beratungs- und Unterstützungsangebote das Leben, z.B. durch Apps, die anzeigen, wo welche Hilfeleistungen angeboten werden oder es freie Übernachtungsplätze gibt.

Für inhaftierte und straffällig gewordene Menschen bietet die Digitalisierung eine Chance für eine gelingende Resozialisierung. Die Wohnungssuche, Online-Weiterbildungsmaßnahmen oder die Jobsuche können erleichtert werden und das Entlassungsmanagement ergänzen.

Bei der Integration von Migrant*innen oder Geflüchteten erleichtern digitale Angebote die Arbeit und das Ankommen in Deutschland. Gute Übersetzungsapps, Webseiten, die in unterschiedlichen Sprachen angeboten werden, eine Vorlesefunktion haben oder die Texte in leichter Sprache zur Verfügung stellen, ermöglichen es Migrant*innen und Geflüchteten, sich selbst zu helfen und selbstständig Informationen zu erhalten.

Es bestehen jedoch auch Risiken im Umgang mit Medien und dem Internet. Gerade für Kinder und Jugendliche, die möglicherweise leichtfertig mit Informationen und Daten umgehen, muss es eine Bildungsinitiative geben, bei der sie die richtigen Kompetenzen im Umgang mit digitalen Medien, Spielen und ihren Daten erwerben.

- Freies W-Lan für Wohnungslose ermöglichen
- Internet in Hafteinrichtungen einführen
- Unkomplizierten Zugang für Kinder und Jugendliche zu zeitgemäßen digitalen Endgeräten ermöglichen
- Bündnis für Grundbildung des Landes Niedersachsen zum Thema digitale Grundbildung stärken
- Projekte zur Aufklärung von digitalen Gefahren im Internet für Kinder und Jugendliche fördern
- Finanzielle Ressourcen für die Qualifizierung der Mitarbeitenden in sozialen Berufen bereitstellen

NACHHALTIGKEIT

Ein bewusster und umweltschonender Umgang mit Ressourcen sowie der Einklang von ökonomischen, ökologischen und sozialen Faktoren prägen nachhaltiges Handeln. Was wir hier heute tun, hat Konsequenzen für Menschen überall auf der Welt und für nachfolgende

Generationen. Ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte hängen dabei eng zusammen. Für die Diakonie gehören die Bewahrung der Schöpfung und verantwortungsvolles soziales Wirtschaften zum christlichen Selbstverständnis.



Deshalb fordern wir für Niedersachsen eine soziale Gestaltung der Nachhaltigkeit.



Nachhaltigkeit sozial gestalten

Nachhaltiges Handeln ist auch abhängig von den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln. Sowohl für Unternehmen als auch für Verbraucher*innen sind Themen wie Einkauf (z.B. regionale Lebensmittel, nachhaltig produzierte Kleidung), energetische Maßnahmen für Gebäude und im persönlichen Umfeld (z.B. in der Wohnung, im Haus), Umstieg auf alternative Verkehrsmittel oder im Bereich der Energie der Umstieg auf alternative Brennstoffe nicht immer ohne Unterstützung finanziell zu realisieren. Damit jedoch Nachhaltigkeit erfolgreich umgesetzt wird, muss sie finanzierbar und sozial ausgewogen sein. Es bedarf Fördermittel sowie auskömmlicher Refinanzierungen.

- Leerstehende Gebäude für soziale Aufgaben nutzen oder in bezahlbaren Wohnraum umwandeln
- Anschaffung von alternativen Verkehrsmitteln finanziell unterstützen
- Umstieg auf alternative Energieversorgung für Menschen mit wenig Einkommen fördern
- Steuerliche Anreize für nachhaltiges Verhalten z.B. durch Prämien bei Nutzung von alternativen Energien oder umweltbewussten Umgang mit Wertstoffen schaffen
- Anlagestrategien unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit ausbauen

Nachhaltigkeit für Träger der Freien Wohlfahrt fördern

Gebäude von Kommunen, Vereinen und der Freien Wohlfahrt dienen dem Gemeinwohl. Sie sind Orte der Begegnung von Bürger*innen und können zum Vorbild für den nachhaltigen Umgang mit Ressourcen werden.

- Refinanzierungsmöglichkeiten für nachhaltiges Bauen
- Nachhaltige Sanierungsmöglichkeiten für Altbauten
- Attraktive Förderung und Abbau bürokratischer Strukturen bei der Nachnutzung von leerstehenden Gebäuden durch gemeinnützige Träger fördern

INDIVIDUALISIERUNG

Die Individualisierung der Gesellschaft hat sich in den vergangenen Jahren verstärkt. Die eigene Sichtweise und die eigenen Belange zuerst durchzusetzen, erscheinen vorrangiger als der Weg über Solidarität und Gemeinsinn. Dadurch entstehen auch neue Herausforderungen, wie Vereinsamung und digitale Sucht, besonders bei Jugendlichen, denen wir klug begegnen müssen.

Dabei ist Individualisierung nicht grundsätzlich negativ zu bewerten, bedeutet Individualisierung doch auch die Freiheit, eine Wahl zu haben, selbstbestimmt zu agieren und zu leben sowie unabhängig von der Herkunft den eigenen Weg gehen zu können.



Deshalb fordern wir für Niedersachsen die Stärkung des sozialen Miteinanders.

Freiwilliges Engagement stärken – Verantwortung füreinander übernehmen

Freiwilliges Engagement ist der Kitt der Gesellschaft, der Menschen miteinander verbindet. Viele Aufgaben, die Bürger*innen in ihrer Freizeit übernehmen, stärken das Zusammenleben, sie packen bei akuten Krisen sowie Katastrophen an oder unterstützen bei der Integration von Geflüchteten und ermöglichen auf diese Weise Teilhabe. Sie wirken den negativen Individualisierungstendenzen der Gesellschaft entgegen, indem sie durch ihr Engagement solidarisch und uneigennützig Verantwortung füreinander übernehmen. Dieser Einsatz muss gewürdigt werden, indem freiwilliges Engagement in Niedersachsen gestärkt und anerkannt wird.

- Ehrenamtsarbeit durch eine Ehrenamtsstrategie koordinieren und gezielt fördern
- Die Freiwilligenagenturen und Freiwilligenzentren in Niedersachsen verlässlich und planbar finanziell ausstatten
- Kommunale Budgets zur Förderung und Koordinierung von freiwilligem Engagement einführen
- Freiwilliges Engagement in den Masterplan Digitalisierung aufnehmen
- Unterrepräsentierte Gruppen im Ehrenamt stärker unterstützen
- Engagement durch bessere Rahmenbedingungen, zum Beispiel durch steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten (Kinder, wie zu Pflegenden) würdigen

Einsamkeit durch sozialraumorientierte Quartiersarbeit entgegenwirken

2019 lebten 42 Prozent der Niedersachsen in Einpersonenhaushalten. Damit geht oftmals auch eine Vereinsamung der Personen einher, gerade bei älteren Menschen, die in strukturschwachen ländlichen Gebieten leben. Die Coronapandemie hat zudem den Einsamkeitsfaktor verstärkt. Menschen benötigen jedoch Möglichkeiten der Begegnung. Inklusive und neue Wohnformen, soziale Gestaltung von Quartieren - preislich wie auch lebensräumlich - und eine nachhaltige Sozialarbeit können dem Trend der Vereinsamung entgegenwirken.

- Sozialraumorientierte Arbeit stärken
- Attraktive (und zielgruppenspezifische) Begegnungsmöglichkeiten in den Quartieren schaffen
- Stärkung von gemeinnützigen, genossenschaftlichen und regionalen Bauträgern
- Finanzielle Unterstützung von sozialraumorientierten Bauprojekten
- Bedürfnisse der Bewohner*innen von Quartieren achten und diese aktivierend in Planungsprozesse einbeziehen
- Inklusives Wohnen im Quartier fördern
- Quartiersarbeit ausbauen und verstetigen
- Wohnortnahe Pflege durch altersgerechte Wohnangebote auch im ländlichen Gebiet stärken
- Mobilität gerade in ländlichen Regionen stärken
- Sozialen Wohnungsbau stärken



Individuelle Leistungen für ein selbstständiges Leben ermöglichen

Pflegebedürftige Menschen oder Menschen mit einer Behinderung haben das Recht auf gesellschaftliche Partizipation und eine individuelle, möglichst selbstbestimmte Lebensführung - unabhängig von ihrem Wohnort, ihrem Alter oder ihren Beeinträchtigungen. Menschen müssen ungeachtet ihres Wohnortes ambulante Pflege oder Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen können. Gerade in ländlichen Regionen dürfen Pflegebedürftige oder Menschen mit Behinderung nicht von der Versorgung abgehängt werden. Die ambulante, teilstationäre und stationäre Pflege muss durchlässiger und eine sektorenübergreifende Versorgung ermöglicht werden.

- Ausbau von differenzierten ambulanten Wohnformen fördern
- Aufbau, Erhalt und Förderung einer individuellen Gesundheitskompetenz in der Gesellschaft ermöglichen
- Ambulante Pflege flächendeckend sicherstellen
- Landespflegegeld einführen
- Leistungsangebote inhaltlich und finanziell neu ausgestalten
- Sozialraumorientierte Arbeit stärken
- Bedarfsgerechte Leistungen für Menschen mit besonders herausfordernden Verhaltensweisen fördern

FACHKRÄFTEGEWINNUNG

Der Fachkräftemangel - auch in sozialen Berufen - stellt die niedersächsische Gesellschaft sowie die Wirtschaft gleichermaßen vor große Herausforderungen. In der Pflege sowie in Kitas oder den Einrichtungen für Menschen mit Behinderung ist der Fachkräftemangel gravierend.

Nicht erst seit der Coronapandemie verlassen Fachkräfte den Sozial- und Pflegebereich. Fehlende Anerkennung der fachlichen Expertise, schwierige Arbeitsbedingungen und die daraus resultierende fehlende Zeit für Patient*innen oder die in nicht tarifgebundenen

Systemen oftmals nicht angemessene Bezahlung werden seit langem beklagt.

Um die Situation in sozialen, pflegerischen und pädagogischen Berufen zu verbessern, müssen innovative Lösungen gefunden werden. Menschliche Zuwendung, die den Beruf für Viele ausmacht, muss systemisch gefördert werden. Der Mensch, mit seiner individuellen Bedarfslage, muss wieder in den Mittelpunkt des Handelns gestellt werden. Der Fokussierung auf Wettbewerb und Ökonomisierung der Pflege muss Einhalt geboten werden.



Deshalb fordern wir für Niedersachsen innovative Strategien zur Fachkräftegewinnung.



Verbesserung der Rahmenbedingungen der Berufe in der Freien Wohlfahrtspflege

Soziale Berufe brauchen attraktive Arbeitsbedingungen, tarifgerechte Entlohnung sowie Möglichkeiten zum Quereinstieg und zur beruflichen Weiterentwicklung im Helfefeld. Dabei spielen (Teil-)Anerkennungsmöglichkeiten von fachfremden Qualifikationen - auch aus dem Ausland - eine große Rolle.

- Zahlung eines attraktiven Ausbildungsgehalts ermöglichen
- Tarifliche Entlohnung in allen sozialen Berufen festlegen
- Flexibilität, Durchlässigkeit und (Teil-)Anerkennungsmöglichkeiten von ‚fachfremden‘ Ausbildungen ermöglichen
- Anerkennung internationaler Abschlüsse vereinfachen und beschleunigen
- Ethisch reflektierte und verantwortungsbewusste Einwanderungspolitik zur Fachkräftegewinnung ermöglichen
- Duale Studienplätze „Soziale Arbeit“ an staatlichen Hochschulen ausbauen
- Finanzielle Förderung für die Studierenden erhöhen
- Schulgeldfreiheit für die Heilerziehungspflege gesetzlich festschreiben
- Akademische Abschlüsse fördern, um Case- und Caremanagement weiter zu professionalisieren und Pflege zu einem attraktiven Berufsbild auszubauen

Fast Track Lane: Ausbildungskapazitäten erhöhen

Um dem Fachkräftemangel begegnen zu können, müssen nicht nur die beruflichen Rahmenbedingungen verbessert werden, sondern auch die Ausbildungskapazitäten in sozialen, pädagogischen oder pflegerischen Berufen schnell erhöht werden. Dies kann unter anderem durch die Neustrukturierung des Ausbildungsgangs von Berufsschullehrer*innen ermöglicht werden, indem dieser attraktiver gestaltet wird. Deshalb fordern wir eine „Fast Track Lane-Initiative“, um die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen.

- Die angehenden Berufsschullehrer*innen werden während der Ausbildungszeit entlohnt
- Die Ausbildung findet praxisnah statt
- Das erste Ausbildungsjahr wird praxisorientiert mit theoretischen Schulungsphasen gegliedert
- Im zweiten Ausbildungsjahr übernehmen die angehenden Berufsschullehrer*innen eigenständige Unterrichtseinheiten
- Durch Schulungsblöcke erlangen sie weiter theoretisches Wissen
- Mentor*innen begleiten die angehenden Berufsschullehrer*innen in ihrem Schulalltag
- Im dritten Ausbildungsjahr werden sie Vollzeit als Berufsschullehrer*in eingesetzt



Freiwilligendienst zur Fachkräftegewinnung nutzen

Der Freiwilligendienst ermöglicht Einblicke in die Arbeitsbereiche sozialer Arbeit. Die Qualität des Freiwilligendienstes ist jedoch je nach Einsatzstelle unterschiedlich. Diese Qualitätsunterschiede haben oftmals Auswirkungen auf das Image dieser Berufsfelder.

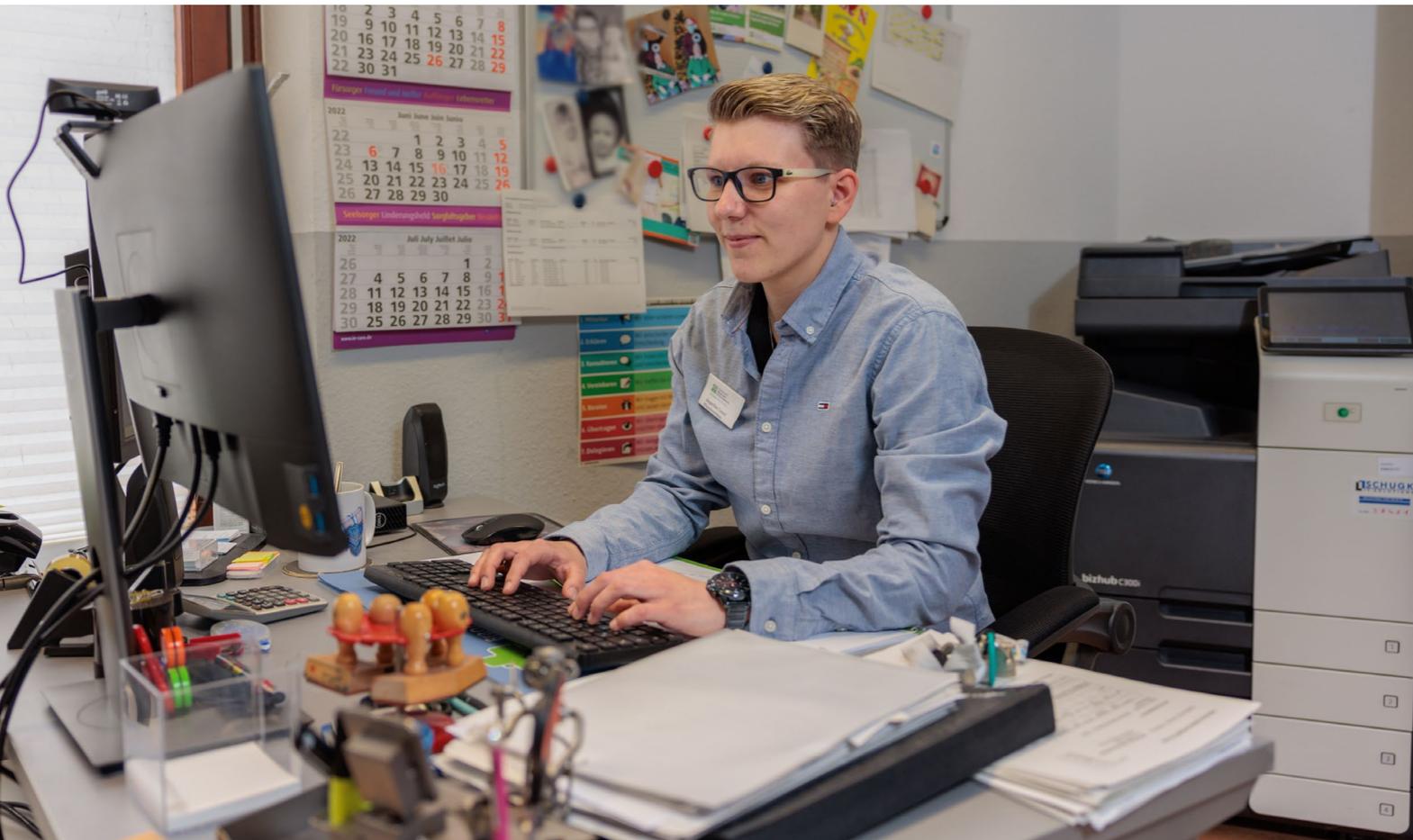
Häufig werden gute Erfahrungen während des Jahres gemacht, z.B. durch eine gute fachliche Begleitung, einen professionellen Umgang mit Patient*innen oder Klient*innen sowie das Identifizieren von Entwicklungschancen in diesem Berufsfeld. Genau dies kann dazu beitragen, dass die Attraktivität des Berufsfeldes steigt und sich mehr Menschen für einen sozialen Beruf entscheiden.

- Landeseinheitliche Qualitätsstandards für Träger von Freiwilligendiensten einführen
- Kostenfreies ÖPNV Ticket für FSJler*innen einführen
- Wohngeldanspruch ermöglichen
- Von Rundfunkgebühren befreien
- Angemessenes Taschengeld gesetzlich festlegen
- Finanzierung für die Bereitstellung ausreichender Plätze sicherstellen
- Bekanntheitsgrad des Freiwilligendienstes durch eine zielgruppenspezifische Kampagne erhöhen

DIGITALISIERUNG

Wie jede andere Wirtschaftsbranche steht auch die Sozialwirtschaft vor der Herausforderung, die Digitalisierung der Arbeit strukturiert und strategisch umzusetzen. Die Erfordernisse der Pandemie haben zwar in einigen Bereichen vieles beschleunigt. Von einer umfassenden Digitalisierung der Sozialwirtschaft sind wir in Niedersachsen dennoch weit entfernt.

Was wir erlebt haben, kann eher als „Homeoffice-Boost“ kategorisiert werden. Zwar erleichtern Videokonferenzen und mobiles Arbeiten die Einführung von agilen Arbeitsformen, diese betreffen aber hauptsächlich den administrativen Bereich der sozialen Arbeit und nicht die sozialen und pflegerischen Dienstleistungen.



Deshalb fordern wir
für Niedersachsen
einen Digitalisierungspakt
für die Sozialwirtschaft.



Finanzierung auf sichere Beine stellen

Das Hauptproblem der meisten Träger der Freien Wohlfahrtspflege liegt bei der Digitalisierung nicht an dem fehlenden Digitalisierungswillen, sondern an der besonderen Finanzierungsstruktur des Sektors. Soziale Arbeit orientiert sich nicht an einer maximalen Gewinnerreichung. Eine Rücklagenbildung ist im Vergleich zur privaten Wirtschaft nur eingeschränkt möglich. Durch die Ökonomisierung der Sozialen Arbeit und den Preisdruck sind Leistungsentgelte häufig so knapp bemessen, dass wichtige und langfristig angelegte Investitionen kaum möglich sind. Die bisherigen Leistungsentgelte berücksichtigen derzeit in keinem Hilfefeld neue Technologien. Zusätzliche Fördermöglichkeiten analog zur Wirtschaftsförderung sind erforderlich und müssen entwickelt werden. Auch der Wissensaustausch zwischen privater und sozialer Wirtschaft muss gefördert werden, um Synergien zu schaffen und innovative Lösungen entwickeln zu können.

- Infrastrukturfonds für die Digitalisierung einrichten
- Flexible finanzielle Förderungen ermöglichen
- Förderungsbedingungen nicht an KMU-Kriterien ausrichten
- Privatwirtschaftliche Förderprogramme für Innovation und Digitalisierung für die Sozialwirtschaft öffnen
- Kompetenzzentrum Digitalisierung für die Sozialwirtschaft gründen

Digitale Unterstützungs- und Beratungsleistungen ausbauen

Sowohl die Coronapandemie als auch der Krieg in Europa zeigen: Fake News, fehlende Aufklärung, fragwürdige Informationskanäle - sei es bei Telegram, YouTube oder Spotify - haben Einfluss auf das Vertrauen in Demokratie, Wissenschaft und Politik. Aufklärung im digitalen Raum ist eine wesentliche Herausforderung für die demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft.

Wie sich Menschen informieren oder sich Hilfe organisieren, hat sich in den vergangenen Jahren stark verändert. Über die Suchfunktion von Google oder YouTube werden Antworten auf konkrete Fragestellungen gesucht. Oftmals genügen die dort zu findenden Antworten jedoch nicht den fachlichen und wissenschaftlichen Standards.

Der digitale Raum ist eine etablierte Erfahrungswelt, in der sich Menschen aufhalten, ihre Freizeit verbringen, Sorgen und Nöte äußern oder genauso Ausgrenzung erfahren wie in der analogen Welt.

An dieser Stelle kommt den Wohlfahrtsverbänden mit ihren Beratungs- und Unterstützungsleistungen eine große Rolle zu. Sie müssen ihre Angebote in den digitalen Raum ausweiten können und dort mit ihren qualitativ hochwertigen Angeboten auffindbar sein.

- Refinanzierungsmodelle für digitalisierte Unterstützungs- und Beratungsleistungen einführen
- (Weiter-)Bildungsmöglichkeiten zum Umgang mit Herausforderungen der Digitalisierung fördern
- Digitale Angebote auf kommunaler oder Landesebene niedrigschwellig und leicht verständlich umsetzen

WIRTSCHAFTSSTANDORT NIEDERSACHSEN

In Deutschland zählt die Sozialwirtschaft zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen. Der Anteil der Anbieter von Sozial- und Gesundheitsleistungen an der Bruttowertschöpfung beträgt circa 152 Milliarden Euro. Das sind rund sieben Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung.¹

Auch in Niedersachsen stellt die Freie Wohlfahrtspflege mit ihren etwa 6.000 sozialen Einrichtungen, Beratungsstellen und Diensten mit mehr als 230.000 hauptamtlich Beschäftigten und über 500.000 ehrenamtlichen Helfer*innen einen überaus bedeutenden Wirtschaftsfaktor dar.

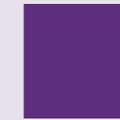
Unsere 595 diakonischen Mitglieder beschäftigen rund 89.000 Arbeitnehmer*innen in Niedersachsen und bieten damit 89.000 sichere und nach Tarif bezahlte Arbeitsplätze an. Die Diakonie trägt als große Wirtschaftspartnerin gerade auch in Krisenzeiten zur Stabilisierung des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen bei.

Mit ihren Unterstützungsdienstleistungen stärkt sie den gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, übernimmt Verantwortung füreinander und sorgt für eine soziale Infrastruktur, die die Grundlage für den Erfolg von wirtschaftlich tätigen Unternehmen darstellt – gerade auch in Zeiten des Fachkräftemangels.

Genügend und qualitativ hochwertige Kita-Betreuungsplätze, eine ausreichende und flächendeckende Versorgung mit ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen, pädagogische Fachkräfte für die Begleitung und Förderung von Menschen mit Behinderungen: Das alles sorgt dafür, dass Care-Arbeit professionalisiert und nicht in den privaten Lebensbereich und die Familie verlegt werden muss, wodurch dem Arbeitsmarkt mehr qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung stehen.

Damit sind soziale Dienstleistungen ein wesentlicher Baustein für eine funktionierende Wirtschaft. Die Wohlfahrtspflege ist durch ihre Rolle als Arbeitgeberin mit wirtschaftlichen Kreisläufen auf das Engste verbunden, sorgt mit der Bereitstellung von sozialer Infrastruktur für stabile Rahmenbedingungen für Unternehmen und stärkt damit den Wirtschaftsstandort Niedersachsen.

¹ Sozialwirtschaft - mehr als Wirtschaft? von Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW) - 978-3-8329-5257-0 | Nomos Online-Shop (nomos-shop.de)



Deshalb fordern wir
für Niedersachsen
eine Stärkung
der Freien Wohlfahrtspflege
als Wirtschaftsfaktor.

MITEINANDER AUS VERANTWORTUNG FÜREINANDER DIE ZUKUNFT GESTALTEN

Zahlen und Fakten der Diakonie in Niedersachsen

Die Diakonie ist der soziale Dienst der Evangelischen Kirche. In über 3.000 Einrichtungen und Diensten leistet das Diakonische Werk evangelischer Kirchen in Niedersachsen e.V. seine Arbeit in enger Kooperation mit den Landeskirchen.

Das Diakonische Werk evangelischer Kirchen in Niedersachsen e.V. hat **595 Mitglieder**. Hier sind rund **89.000 Menschen** beschäftigt, mindestens genauso viele Menschen engagieren sich ehrenamtlich. Damit ist die Diakonie der größte Wohlfahrtsverband in Niedersachsen.

Wir vermitteln landesweit jährlich ca. **500 Menschen in einen Freiwilligendienst**. Insbesondere junge Menschen zwischen 16 und 27 Jahren nutzen dieses Angebot.

In unseren **26 diakonischen berufsbildenden Schulen** werden im Bereich Behindertenhilfe, Soziales, Pflege und Gesundheit 20 unterschiedliche Ausbildungsgänge angeboten.

Landesweit haben wir **65 Beratungsstellen** der Allgemeinen Sozialberatung. An den meisten Standorten gibt es weitere Beratungsangebote, zum Beispiel Schuldnerberatung, Schwangerenberatung oder Suchtberatung.

Das Diakonische Werk evangelischer Kirchen in Niedersachsen übernimmt die Fachberatung für **769 Kindertagesstätten**.

Zu uns gehören des weiteren unter anderem:

- 162 stationäre Pflegeeinrichtungen
- 68 teilstationäre Pflegeeinrichtungen (Tagespflege)
- 69 Diakoniegeschäftsstellen inkl. Nebenstellen
- 132 Diakonie-/ Sozialstationen (ambulante Pflegedienste)
- 16 Krankenhäuser
- 9 stationäre Hospize
- 145 Einrichtungen mit Wohnangeboten für Erwachsene und Kinder mit Behinderung
- 166 Einrichtungen zur Tagesstruktur für erwachsene Menschen mit Behinderung (Werkstätten, Tagesförderstätten)
- 50 Träger mit Angeboten des ambulant betreuten Wohnens
- 15 stationäre Einrichtungen und 81 Beratungsstellen der Wohnungslosenhilfe
- 43 Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen
- 18 Jugendwerkstätten

Darüber hinaus findet Diakonie in vielfältiger Weise in den Kirchengemeinden statt: zum Beispiel in Besuchsdiensten, bei Brot für die Welt, in Hospizgruppen, in der Arbeit mit jungen, alten und kranken Menschen sowie in vielfältigen Projekten zur Bekämpfung von Armut bei Kindern, Familien und älteren Menschen.

Stand: 06/2021

„Die Umsetzung der Forderungen bedarf der Anstrengung aller gesellschaftlicher Akteur*innen. Als Diakonie haben wir uns zum Ziel gesetzt, die Zukunft positiv, nachhaltig und sozial mitzugestalten. Aus Verantwortung füreinander.“

Hans-Joachim Lenke
Vorstandssprecher

Impressum

Herausgeber

Diakonisches Werk evangelischer Kirchen in Niedersachsen e.V.
Ebhardtstraße 3 A
30159 Hannover

Telefon 0511- 3604 - 0
E-Mail pressestelle@diakonie-nds.de
Internet www.diakonie-in-niedersachsen.de

Bilder Michael Wallmüller
Layout Reglindis Bloch, André Lang

Stand: Juli 2022

**Diakonisches Werk evangelischer Kirchen
in Niedersachsen e.V.**

Ebhardtstraße 3 A

30159 Hannover

Telefon 0511 - 3604 - 0

Telefax 0511 - 3604 - 108

E-Mail geschaeftsstelle@diakonie-nds.de

Internet www.diakonie-in-niedersachsen.de